

**Grußwort OB als SSGT-Präsident**

**„Auf dem Weg zur energieautarken Kommune“  
Veranstaltung des MUEV in Kooperation mit dem SSGT,**

**26.08.2010, Big Eppel in Eppelborn**

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Meine Damen und Herren, sehr geehrte Frau Ministerin Peter,

als Präsident des Saarländischen Städte- und Gemeindetages möchte ich mich bei Ihnen, Frau Ministerin, für die Initiative Ihres Hauses zur heutigen Informationsveranstaltung zum Klimaschutz bedanken. Ich bin sicher, dass uns die heutige Fachtagung für die kommunale Arbeit viele zielführende Impulse bringen wird. Das Engagement Ihres Hauses zeigt, dass Ihnen und mit Ihnen sicherlich auch der gesamten Landesregierung sehr wohl bewusst ist, welche herausragende Rolle den Kommunen bei der Verwirklichung eines der wichtigsten Ziele zukommt – nämlich nachhaltig und zukunftsorientiert mit der Energieerzeugung und der Energienutzung umzugehen. Dies ist ein Ziel, das letztlich nur gemeinsam mit den Städten und Gemeinden und all ihren Bürgerinnen und Bürgern erreicht werden kann.

Im Bewusstsein dieser Verantwortung der kommunalen Ebene darf ich ganz herzlich die Vertreter der Städte und Gemeinden begrüßen, die in den verschiedensten Bereichen nach Lösungen für die uns gestellten Aufgaben und Problemen suchen.

Unser heutiges Zusammensein steht unter dem Motto „Auf dem Weg zur energieautarken Kommune“. Was für eine phantastische Vorstellung! Im Gebiet einer Gemeinde – jeder Gemeinde? – wird nur so viel an Energie verbraucht, wie dort aus regenerativen Energiequellen produziert wird, also z.B. aus Photovoltaik, Solarenergie, Windkraft, Wasserkraft, Biogas oder Erdwärme.

Aber: Ist dieses Ziel für jede saarländische Stadt und Gemeinde auch wirklich erreichbar, ist ein solches Vorhaben realistisch oder ist es nur eine, wenn auch sehr schöne, Utopie? Es gibt in Deutschland schon einige Kommunen, die es geschafft

haben, und es gibt viele, die auf dem besten Wege sind – auch saarländische Gemeinden. Wir werden heute von Beispielen hören, die uns Mut machen wollen, darunter auch welche aus unserer Nachbarschaft.

Und dennoch möchte ich die Frage stellen: Kann es gelingen, jede Gemeinde wirklich „energieautark“ zu machen, auch solche Gemeinden, die mehr oder weniger geprägt sind und von energieintensiven Gewerbe- und Industriebetrieben „leben“? Aus den Medien erfahren wir – u.a. im Zusammenhang mit der Diskussion um die Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken, dass diese Frage von gewissen Kreisen vehement verneint wird. Ich bin gespannt, welche neuen Erkenntnisse wir heute dazu gewinnen werden.

Doch ich denke, meine Damen und Herren, im Grunde kommt es nicht so sehr darauf an, dass jede Stadt und jede Gemeinde es tatsächlich schafft, zu einhundert Prozent „energieautark“ oder „CO<sub>2</sub>-neutral“ zu werden. Es kommt vielmehr darauf an, dass wir alle, jeder in seinem Verantwortungsbereich, nach besten Kräften an diesem Ziel arbeiten oder in den begonnenen Bemühungen nicht nachlassen. Denn eines dürfte mittlerweile wohl jedem klar geworden sein: Nicht nur die steigenden Energiepreise zwingen uns angesichts der Finanzlage unserer Gemeinden, aber auch unserer Bürgerinnen und Bürger zum Umdenken, sondern vor allem die Folgen des jahrzehntelangen, globalen, gedankenlosen Umgangs mit unseren Ressourcen und unserer Umwelt. Diese sichtbaren und spürbaren Folgen zeigen uns heute schon allzu deutlich, dass der seit langem beschworene Klimawandel keine Horrorvision von abgehobenen Wissenschaftlern oder Umweltaktivisten ist, sondern die knallharte Realität. In unserem eigenen Interesse und in dem der nachfolgenden Generationen müssen wir uns diesen Tatsachen stellen und ihnen nach all unseren Kräften entgegenwirken!

Was also können wir tun, um diesem Szenario zu entgehen, welchen Beitrag können wir als saarländische Städte und Gemeinden leisten?

Nun, ich meine, da gibt es durchaus viele Handlungsfelder!

Nehmen wir allein schon mal den kommunalen Gebäudebestand: In Deutschland gibt es ca. 40.000 kommunale Schulgebäude, 50.000 Kindertagesstätten, über 15.000 Verwaltungsgebäude sowie Tausende von weiteren kommunalen öffentlichen Einrichtungen. Die Städte und Gemeinden sind der größte öffentliche Gebäudebesitzer Deutschlands! Durch gezielte Investitionen in diesen Gebäudebestand, in die Isolierung von Außenwänden und Dächern, in neue Fenster und moderne Heizungsanlagen lässt sich der Energieverbrauch nach den Einschätzungen von Fachleuten um dreißig bis vierzig Prozent reduzieren – eine Einsparung, die nicht nur dem kommunalen Geldbeutel zugute kommt, sondern insbesondere auch unserer Umwelt.

In diesem Bereich hat uns das angesichts der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise zu Beginn des Jahres 2009 aufgelegte Konjunkturprogramm II ein gutes Stück vorangebracht: Bund, Länder und Kommunen haben in einer beispiellosen Gemeinschaftsaktion für die Jahre 2009 und 2010 insgesamt 13 Millionen Euro vor allem für die energetische Sanierung von Schulen und Kindergärten zur Verfügung gestellt.

**In Völklingen** werden wir dadurch allein in vier Einrichtungen die Aufenthaltsqualität für unsere Kinder, Jugendliche, Erzieher und Lehrer verbessern. Die Kindertagesstätte Luisenthal hat ein neues, gedämmtes Dach erhalten, das in Kürze fertiggestellt sein wird. Aber auch an der Grundschule Heidstock wird der Dachstock erneuert und auch die Außenwände nach modernsten Kriterien bearbeitet werden. Energetisch saniert wird auch die Grundschule Hermann-Röchling-Höhe – Schulgebäude und Turnhalle werden hier ebenfalls mit einem neuen Dach mit zeitgemäßer Dämmung ausgestattet werden. Eine Reihe an Maßnahmen wird zudem am Vier-Klassen-Schulhaus in Ludweiler umgesetzt werden: Hier reichen die geplanten Arbeiten von der Dacherneuerung und Dämmung über die Erneuerung der Fenster, die Innendämmung sowie die Modernisierung der Heizungs- und Elektroanlage.

Doch wir alle wissen, die Bedeutung der Städte und Gemeinden bei der Bekämpfung des Klimawandels erschöpft sich nicht nur im energetischen Management des eigenen Gebäudebestandes!

Vielmehr verfügen wir als Kommunen u.a. mit der Bauleitplanung über ein unschätzbares Instrumentarium, um die Energieversorgung und den Energieverbrauch in unserem Gebiet zu steuern. Ein Beispiel: Sie, sehr geehrte Frau Ministerin, haben an-

gekündigt, die Vorranggebiete für Windkraftanlagen im Landesentwicklungsplan kurzfristig aufzuheben. Ungeachtet dessen, ob man dies begrüßt oder als Rückzug des Landes aus der Verantwortung ablehnt, würde sich dadurch für die Gemeinden die Möglichkeit eröffnen, eigenverantwortlich über das „ob“, „wie“, „wo“ und „wieviel“ an Windkraftanlagen entscheiden zu können. Dazu wird vor allem in den kleineren Gemeinden eine Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden zweckmäßig oder gar erforderlich sein. Auch bei der Planung und Realisierung von größeren Photovoltaik- und Solaranlagen wird dies der Fall sein sowie insbesondere bei Biogas- und Biomasseanlagen.

Auch die Verkehrsplanung, die Gestaltung des ÖPNV und – wo vorhanden – natürlich vor allem auch die Energieversorgung durch eigene Stadt- und Gemeindewerke bieten den Kommunen hervorragende Handlungsfelder „auf dem Weg zur energieautarken Kommune“.

Damit jeder Einzelne in seiner Stadt und Kommune seinen persönlichen Beitrag dazu leisten kann, dass wir auf diesem Weg weiter vorankommen, beraten unsere Stadtwerke **in Völklingen** die Bürgerinnen und Bürger in allen Fragen zum Thema regenerative Energiegewinnung. Eine Kernveranstaltung in diesem Bereich sind die Völklinger Umwelttage, die Stadt und Stadtwerke gemeinsam im Mai bereits zum 3. Mal veranstaltet haben und für die Sie, Frau Ministerin, ja die Schirmherrschaft übernommen haben. An zahlreichen Infoständen haben sich die Besucher an diesem Frühjahrswochenende über Fotovoltaik, Solarthermie, Windkraft und Elektromobilität informieren und fachkundig beraten lassen können. Wir konnten Prof. Dr. Hermann Scheer, den Präsidenten von EUROSOLAR für die Veranstaltung gewinnen, der einen sehr informativen Vortrag gehalten hat. Viele ortsansässige Heizungsinstallateure und Elektrounternehmen haben in diesem Rahmen ihre Projekte und Systeme zur regenerativen Energiegewinnung vorgestellt und den Bürgern zahlreiche Anregungen gegeben, wie sie selbst energieautark werden können.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist nach meiner Überzeugung aber vor allem die Vorbildfunktion der Städte und Gemeinden für die Bürgerinnen und Bürger. Ob bei der schon angesprochenen energetischen Sanierung und der Bewirtschaftung ihres Gebäudebestandes aber auch beispielsweise im Zusammenhang mit der

Auswahl des Fahrzeugparks und generell hinsichtlich der gesamten kommunalen Vergabe- und Beschaffungspraxis müssen die Städte und Gemeinden richtungsweisend arbeiten. Denn den „Weg zur energieautarken Kommune“ kann die Gemeinde nicht allein erfolgreich bewältigen. Sie braucht dafür die Mitarbeit sowohl der privaten Haushalte als auch der ansässigen Industrie- und Gewerbebetriebe. Gerade im engen Kontakt und der Zusammenarbeit mit diesen Mitstreitern sowie in deren kompetenter Beratung und Unterstützung durch die Gemeindeverwaltung sehe ich eine der wesentlichen Voraussetzungen für den gewünschten und für den dringend erforderlichen Erfolg unserer Bemühungen. Auch hierfür stehen die **Völklinger Umwelttage**, während denen unsere Elektrounternehmen und Heizungsinstallateurbetriebe sich gemeinsam mit der Stadt und den Stadtwerken dafür stark gemacht haben, diesen für uns alle so wichtigen Bereich stärker in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken.

Aber, und auch das muss an dieser Stelle in aller Deutlichkeit gesagt werden: Die Städte und Gemeinden können all diese Aufgaben und Herausforderungen nicht allein bewältigen. Sie brauchen dafür dringend die Hilfe und Unterstützung durch die Bundes-, aber insbesondere auch durch die Landesregierung. Die saarländischen Kommunen können nur dann im Interesse des gemeinsamen Ziels erfolgreich sein, wenn ihnen die hierfür erforderlichen Rahmenbedingungen zur Verfügung gestellt werden. Zu diesen Rahmenbedingungen gehören u.a.:

- weitergehende Gestaltungsmöglichkeiten zur Festlegung energetischer Standards in der Bauleitplanung
- die Stärkung der kommunalen Energieversorger zur Stabilisierung und Ausweitung einer dezentralen und kommunal gesteuerten Versorgungsstruktur → dazu muss es den Stadt- und Gemeindewerken möglich sein, sich frei auf dem Markt zu bewegen!
- die Unterstützung und Beratung der Städte und Gemeinden bei der Entwicklung und Umsetzung von integrierten Konzepten für Klimaschutz, Energieeinsparung und nachhaltige Umgestaltung der Energieversorgung, z.B. durch ein auf Landesebene zu schaffendes „Kompetenzzentrum“
- Die finanzielle Förderung durch Bund und Länder muss weiter ausgebaut und die Komplexität der Fördermittelbeschaffung muss dringend reduziert werden. Die Fördergeber von Bund und Land müssen dafür sorgen, dass durch ver-

stärkte Kooperationen, Bündelung von Förderprogrammen sowie Standardisierung und Vereinfachung von Antragsverfahren und Programmrichtlinien  
Transparenz und Einfachheit der Förderlandschaft erhöht werden.

- Den Kommunen muss im Hinblick auf die Dauer der Förderung eine verbindliche und verlässliche Perspektive gegeben werden, weil der Investitions- und Finanzierungsbedarf nur mittel- bis langfristig zu befriedigen sein wird und die gravierenden Haushaltsengpässe vieler Kommunen dies erschweren oder gar unmöglich machen.

Meine Damen und Herren,

ich darf zusammenfassend feststellen: Die Kommunen sind für den Klimaschutz und die Erreichung der Klimaschutzziele unverzichtbar. Denn bei der Reduzierung klimaschädlicher CO<sub>2</sub>-Emissionen kommt den Städten und Gemeinden eine Schlüsselfunktion zu. Insbesondere durch Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und der Nutzung erneuerbarer Energien nehmen sie eine Vorbildfunktion gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern ein. Darüber hinaus leisten die Kommunen als Planer, z.B. im Bereich der Bauleitplanung, in ihrer Rolle als Versorger, als Anbieter von Daseinsvorsorge und Berater von Privathaushalten sowie Industrie- und Gewerbebetrieben einen unverzichtbaren Beitrag zu einer energieeffizienten, nachhaltigen Entwicklung.

Der Bund und insbesondere auch das Land müssen bei der Erfüllung dieser wichtigen Aufgaben den Städten und Gemeinden unter die Arme greifen. Dazu gibt es keine Alternative. Wir alle müssen Hand in Hand arbeiten, um „auf dem Weg zur energieautarken Kommune“ unser gemeinsames Ziel, die wesentliche Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes, zu erreichen. Ich gehe davon aus, dass Sie, sehr geehrte Frau Ministerin, und die gesamte Landesregierung sich dieser Verantwortung ebenso bewusst sind, wie wir uns als Städte und Gemeinden über die uns gestellten Aufgaben im Klaren sind.

Ich hoffe und wünsche uns allen, dass uns der heutige Tag unserem gemeinsamen Ziel ein wenig näher bringen wird!